

Husum, den 17.06.2019

Antrag der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Fraktionen von (interfraktioneller Antrag) im Stadtverordnetenkollegium Husum zur Sitzung am 27. Juni 2019:

„Seebrücke – sichere Häfen für Geflüchtete“

Beschlussvorlage:

Das Husumer Stadtparlament unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich auch das Land Schleswig-Holstein bereit erklärt hat, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen und dafür finanzielle Mittel bereitstellt. Auch Husum ist weiterhin freiwillig bereit, Geflüchtete aufzunehmen. Deshalb erklärt sich Husum offiziell zum sicheren Hafen für Geflüchtete. Damit manifestiert die Stadt die bisher gelebte Praxis Husums und ihrer Bevölkerung.

Das Stadtparlament appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfe- und Klimaschutzpolitik, dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden und gerecht und menschenwürdig in Europa verteilt werden.

Begründung:

In den letzten Jahren sind tausende Menschen bei ihrer Überfahrt nach Europa im Mittelmeer gestorben. Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR sind 2.262 Geflüchtete im Jahr 2018 bei der Fahrt über das Mittelmeer ums Leben gekommen oder gelten als vermisst. 2017 waren 3.139 Todes- oder Vermisstenfälle zu beklagen.

Die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Rettungsorganisationen wird zum Teil behindert, z.B. indem deren Boote nicht an Land anlegen dürfen. Immer wieder müssen Geflüchtete mehrere Wochen auf Hilfsschiffen im Mittelmeer ausharren, bevor sie an Land gehen dürfen. Außerdem werden Organisationen der Seenotrettung teilweise kriminalisiert.

Die zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen!“ protestiert gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter*innen. Diese Initiative wurde von dem Berliner Verein Mensch Mensch Mensch e.V. gegründet.

Viele Städte haben sich bereits solidarisiert. So haben zum Beispiel die Städte Flensburg, Kiel, Lübeck, Köln, Regensburg und Konstanz und auch der Kreis Nordfriesland angeboten, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen und gegenüber der Bundesregierung politisch deutlich gemacht, dass sie die humanitären Ziele der zivilen Seenotretter*innen unterstützen.

Die Bürger*innen der Stadt Husum sowie Stadtparlament und Stadtverwaltung haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen, zu integrieren und beim Ankommen zu unterstützen.

Die Hafenstadt Husum will ein Zeichen der Menschlichkeit setzen, da die Rettung von Menschen in Seenot ein selbstverständlicher Ausdruck von Menschlichkeit ist.